

Parlamentarische Bürgerinitiative

„Für den Erhalt der direkten Zugverbindung Lienz-Innsbruck“

Der Nationalrat wird ersucht,

den Erhalt der direkten Zugverbindung zwischen der Bezirkshauptstadt Lienz und der Landeshauptstadt Innsbruck, auch bekannt als so genannter „Korridorzug“, aufrechtzuerhalten. Für Osttiroler Bevölkerung ist die geplante endgültige Streichung der Zugverbindung ein massiver Einschnitt in ihrer Mobilität. Viele ältere Menschen, Studierende und Familien sind auf die Zugverbindung angewiesen und erachten den geplanten Busbetrieb auf der selben Strecke für keine wirkliche Alternative. Über Jahre hinweg hat man die Zugverbindung zwischen den beiden Städten systematisch ausgedünnt und an Randzeiten des Fahrplans verschoben. Jetzt soll der Zug endgültig einer Streichung zum Opfer fallen. Damit hätte Österreich eine Bezirkshauptstadt mehr, die nicht mehr mit dem Zug an die zugehörige Landeshauptstadt angebunden ist. In Zeiten eines geeinten Europas, werden ordentliche Verkehrskonzepte vor allem im regionalen Bereich immer wichtiger. Auch für die oft propagierte Erfüllung der Ziele des Kyoto-Protokolls ist eine Verlegung des Öffentlichen Verkehrs von der Schiene auf die Straße nicht zeitgemäß. Osttirol ist ein Bezirk der schon viel zu lange stiefmütterlich behandelt wird und in der Wahrnehmung der Politik eine vernichtend geringe Rolle spielt. Doch eine Behandlung als Bezirk zweiter Klasse hat sich Osttirol nicht verdient. Solche Entscheidungen, wie die Streichung der Zugverbindung, zeigen einmal mehr die politische Wertigkeit eines Bezirkes, der seit Jahren gegen Arbeitslosigkeit und Abwanderung kämpft. Wir ersuchen sie dringend und eindringlich darum, endlich ein Zeichen zu setzen und den Bezirk Osttirol nicht weiter zu beschneiden. Dies ist jedoch nicht nur ein Thema das Osttirol betrifft. Auch viele Südtiroler und Oberkärntner nutzen die Zugverbindung und sind auf diese angewiesen. Im Sinne der Staatenübergreifenden Regionalentwicklung ist es sicher auch diesen Regionen ein Anliegen. Man versucht uns nun eine Busverbindung auf dieser Strecke schmackhaft zu machen und bringt dazu fadenscheinige Argumente wie etwa eine verkürzte Fahrzeit auf 3 Stunden vor. Außerdem argumentiert man, dass aufgrund der erhöhten Taktfrequenz in Südtirol eine Aufrechterhaltung des Lienz-Innsbruck-Takts nur mehr durch eine Investition von 50 Millionen Euro gewährleistet werden kann. Dies ist schlichtweg völliger Unsinn und schon von mehreren Seiten plausibel entkräftet worden.

Die Nachteile einer geplanten Busverbindung über Südtirol liegen auf der Hand:

- Die bislang günstigeren Zugtickets für Jugendliche, Gruppen oder Besitzer der ÖBB-Vorteilscard wären mit einer Busverbindung der ÖBB Postbus GmbH nicht mehr zu gewährleisten und würden wegfallen, was eine massive Verteuerung bedeuten würde.
- Gerade für ältere Menschen und Familien ist die Fahrt mit dem Zug wesentlich angenehmer. Dass der Zug wahrscheinlich eine halbe Stunde länger als der Bus fahren würde, würden viele Menschen aufgrund des angenehmeren Reisegefühls gerne in Kauf nehmen.
- Studierende nutzen diese Strecke häufig mit reichlich Gepäck und würden sich damit in einem Bus sicherlich schwerer tun.
- Die Probeweise Verbindung mit einem Expressbus im letzten Sommer, als die Zugstrecke über den Brenner gesperrt war, hat gezeigt, dass vor allem an Feiertagen und starken

Reisetagen Chaos ausbricht und eine Reisezeit von 3 Stunden bei weitem nicht mehr garantiert werden kann. Der Zug ist, was die Fahrzeit betrifft, von einem erhöhten Reiseaufkommen nicht betroffen.

- Der Umweltaspekt ist hierbei auch nicht außer Acht zu lassen. Von der Schiene auf die Straße kann in der heutigen Zeit wirklich nicht mehr als zeitgemäße Vorgehensweise bezeichnet werden.
- Viele Menschen würden zwangsläufig wieder auf Fahrten mit dem eigenen Auto ausweichen, was die Umwelt zusätzlich belasten wird.
- Ob die Busverbindung über das Pustertal, Südtirol und den Brenner überhaupt ausreichend frequentiert werden würde, gilt auch nicht als gesichert. Viele Menschen würden wahrscheinlich auf die Variante der bestehenden Bus/Zug Kombination über den Felbertauern und Kitzbühel umsteigen und die Fahrten über Südtirol boykottieren, ausgenommen jene, die entlang des Pustertals wohnen und dort aussteigen müssen.

Wir fordern daher:

- Die bisher bestehende direkte Zugverbindung zwischen Lienz und Innsbruck muss im Sinne der Bevölkerung aufrechterhalten bleiben.
- Zusätzlich wäre eine Weiterentwicklung des Zugangebots zeitgemäß und wünschenswert und würde dem Bezirk Osttirol signalisieren, dass man auch an dessen positiver Entwicklung interessiert ist.

Mit freundlichen Grüßen

Julian Zanon und Alexander Mairginter

Wege zur Teilnahme an der Bürgerinitiative:

1. Zusendung per Post:

- a. Am Ende dieses Dokuments finden Sie die Vorlage für die Unterschriftenliste.
- b. Drucken Sie diese aus und unterschreiben Sie mit allen angeforderten Angaben.
- c. Bestenfalls holen Sie noch weitere Unterschriften von Verwandten oder Kollegen ein.
- d. Am Schluss bitten wir Sie, das Ganze in einem Kuvert verpackt an folgende Adresse zu senden:
- e. **Julian Zanon**
An der Furt 9
6020 Innsbruck

2. Die Bürgerinitiative liegt an folgenden Orten zur Unterschrift auf:

Stadtgemeinde Lienz:

Anschrift: Hauptplatz 7
9900 Lienz
Telefon: +43(0)4852/600
Homepage: www.stadt-lienz.at
E-Mail: rathaus@stadt-lienz.at
Zeiten: Montag - Freitag: 07.30 - 12.00 Uhr; Montag Nachmittag: 13.30 - 17.00

Sekretariat der ÖH Universität Innsbruck:

Anschrift: Josef-Hirn-Straße 7/EG
6020 Innsbruck
Telefon: 0512/507-4900
Homepage: www.oehweb.at
E-Mail: info@oeh.cc
Zeiten: Montag: 09:00 – 14:00 Uhr
Dienstag: 08:00 – 16:00 Uhr
Mittwoch: 08:00 – 16:00 Uhr
Donnerstag: 09:00 – 14:00 Uhr
Freitag: 09:00 – 14:00 Uhr

Gemeindeamt St. Jakob in Deferegggen:

Anschrift: Unterrotte 75
9963 St. Jakob in Deferegggen
Telefon: +43 4873 6320
Homepage: <http://www.stjakob.at/>
E-Mail: gemeinde@stjakob.at
Zeiten: Montag bis Freitag 08:00 bis 12:00 Uhr

Richtlinien für die Bürgerinitiative:

- Österreichische Staatsbürgerschaft
- Mindestalter zum Zeitpunkt der Unterzeichnung: 16 Jahre

Parlamentarische Bürgerinitiative betreffend

Unterstützungserklärungen:

[illegible]